

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

12 (15.1.1931)

Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-
setzung 20 Pfennig. Bei Anzeigen über 10 Zeilen nach Vereinbarung. Die Rest-
zahlung bei der Druckerei. Bei Anzeigen über 10 Zeilen nach Vereinbarung. Die Rest-
zahlung bei der Druckerei. Bei Anzeigen über 10 Zeilen nach Vereinbarung. Die Rest-
zahlung bei der Druckerei.

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikfunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zulassung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,60 Mark o. Einzelheft 10 Pfennig o. Einzelheft 6 mal wöchentlich
11 Mark o. Postkontokonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Kar-
lsruhe i. B., Waldstraße 28 o. General 7020 und 7021 o. Dörfelstr. 11/12a, Durlach, Haupt-
straße 9, D.-Döben, Jagdhausstraße 12; Reichsh. Kofelstraße 2; Offenburg, Republikstraße 3

Nummer 12 Karlsruhe, Donnerstag, den 15. Januar 1931 51. Jahrgang

Staats-schädliche Justiz

Der Verwaltungsgerichtshof gegen Staat und Regierung / Allgemeines Uniformverbot für Baden

Der badische Verwaltungsgerichtshof hat in einer gestern abgehaltenen Sitzung der Klage der Nationalsozialisten stattgegeben und das vom badischen Innenministerium am 16. Juni vorigen Jahres erlassene Verbot des Tragens von Hitleruniformen als angeblich zu Unrecht bestehend, aufgehoben. Der Verwaltungsgerichtshof erklärte dabei, die Anordnung des Ministers des Innern finde, so wie sie erlassen worden ist, im badischen Recht und insbesondere in § 30 des Polizeistrafgesetzbuches keine Grundlage.

Der Minister des Innern hat daraufhin sofort einen Beschluß des Gesamtministeriums herbeigeführt und gestützt auf Artikel 48 der Reichsverfassung ein generelles Verbot des Tragens von Uniformen politischer Parteien und Bundesstrafen erlassen.

Justitia fundamentum regnorum! Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche. Es dürfte keinen deutschen Richter geben, dem diese staatspolitische Wahrheit nicht bekannt wäre — es gibt aber heute in Deutschland in großer Zahl Richter, die dem heutigen Staate gegenüber von dieser staatspolitischen Wahrheit und Weisheit keinen Gebrauch zu machen gelassen sind. Sie wollen den heutigen Staat nicht, den heutigen Staat, der sie materiell und in ihrer staatsrechtlichen Freiheit anders und weit besser als Beamte und Staatsdiener gestellt hat, als es der Obrigkeitsstaat jemals zu tun gewillt war. Unter der Monarchie schwenkten die deutschen Richter im allgemeinen ein wie die Refruten — die Winde von oben wurden prompt befolgt. Wir Sozialdemokraten haben ja jahrzehntelang die deutschen Richter kennen gelernt und wir, die ihre Opfer waren, haben leider in nur begründeter Weise so ziemlich alle Achtung vor der deutschen Strafrechtspflege in politischen Prozessen verloren. Sollte bei dem einen oder anderen von uns vor der deutschen Gerechtigkeit noch ein Restchen Vertrauen übrig geblieben sein, die Richter in der Nachkriegszeit haben es im allgemeinen gründlich verstanden, auch diesen Rest uns auszureiben. Vom Reichsgericht angefangen bis zum Schöffengericht in einem weiterverlorenen Flecken. Wir Sozialdemokraten verlangen von deutschen Richtern, und von ihm besonders, nicht, daß er, wie er es unter der Monarchie getan hat, auf die Winde von oben einschwenkt, aber wir verlangen von ihm, wozu er als Diener des Staates auch verpflichtet ist, daß er dem Staate, dem er dient, und in dessen Namen er Recht sprechen soll, den Schutz und die Hilfe gewährt, auf die der Staat Anspruch erheben kann. Frontierende Beamte sind schon ein Skandal, frontierende Richter sind ein Staatsverbrechen. Wir haben seit Jahr und Tag in Deutschland Richter genaugen erlebt, die in öffentlichen Fronde gegen den Staat und gegen die Repräsentanten des Staates sich präferiert haben. Und in der Zeitverdammten Schlagsgebäude, die leider die Republik und die meisten Regierungen seit der Staatsumwälzung an den Tag gelegt haben, ist auch die richterliche Fronde hingenommen worden. Der heutige Staat wird, wenn er sich mit Erfolg aller seiner Todsünden erwehren will, vermutlich in den nächsten Monaten, wenn nicht gar Wochen, in tiefgreifenden Maßnahmen schreiten müssen. Eine der notwendigsten und erfolgreichsten wäre, und sei es vorläufig nur auf die Dauer von fünf Jahren, die Unabhängigkeit der Richter aufzuheben und die müßigen Tempel der beinahe schon berüchtigt gewordenen Justitia gründlich auszulüften. Und dabei ist es mit den Büschen wirklich nicht getan; es muß schon ein Sturm durch die Hallen des famosen deutschen Gerechtigkeitstribunales hindurchbrausen.

nehmen hat. Und so kam es, daß der Redakteur des nationalsozialistischen Führer, Herr Moraller, gestützt auf das Urteil des Verwaltungsgerichts, sich bereits in den Straßen Karlsruhes in Hitleruniform zeigen konnte, ehe der zuständige Innenminister und Staatspräsident eine Ahnung von dem Urteil hatte. Diensttuende Schutzleute stellten pflichtgemäß den provozierend dahinschreitenden Nazimann und nahmen ihn mit auf die Wache. Moraller berief sich auf das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes, rief seinen Parteifreund und Rechtsanwalt Kupp an und den Schutzleuten, die ihre Pflicht erfüllten, wurde mit einer Klage gedroht.

Es sei nun gern konstatiert, daß der Herr Innenminister nicht mit sich spaken lieh; sofort griff er zu, um den Staat nicht dem Gespött aller seiner Feinde auszuliefern und führte eine Beschlusfassung des Gesamtministeriums herbei, die a tempo erneut das Verbot des Tragens von Parteiformen aussprach. Die Verordnung, die sich auf Artikel 48 der Reichsverfassung stützt, hat folgenden Wortlaut:

Bekanntmachung
Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 der Verfassung des Deutschen Reichs wird verordnet was folgt:
Das Tragen von Parteiformen und Bundesstrafen (einschließlich Kleidungsstücke politischer Verbände und Organisationen) wird für den Bereich des Reichstaates Baden bis 1. April 1931 verboten.

Die Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.
Karlsruhe, den 14. Januar 1931.
Das Staatsministerium
Witte mann.

Vorläufig bis zum 1. April ist also das Tragen aller Parteiformen in Baden verboten; auch das Reichsbanner und der Stahlhelm sind durch das Verbot betroffen. Wir glauben richtig im Bilde zu sein, wenn wir behaupten, daß der Innenminister keine Schuld daran trägt, daß auch das Tragen der Uniform der Organisation, die treu zum heutigen Staate steht, nämlich des Reichsbanners, verboten worden ist. Die durch das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes eingetretene Situation erfordert scheinbar ein Handeln, das durch vorhandene Anstimmigkeiten nicht gehemmt werden durfte. Wir bedauern die Ausdehnung der neuen Verordnung auch auf das Reichsbanner, weil sie im Verhältnis des Reichsbanners in keiner Weise begründet liegt, aber wir sehen ein, daß unter den plötzlichen wagnislauffigen Verhältnissen der Herr Innenminister anders im Augenblick nicht handeln konnte. Wir erwarten daher auch von den Reichsbannerkameraden wie von den Parteigenossen, daß sie in der heute mehr denn je erforderlichen Ruhe die Ausdehnung des Verbots aufnehmen und selbstverständlich befolgen.

Es lohnt sich, die Begründung des Verwaltungsgerichtshofes für die Aufhebung des Verbots kennen zu lernen. Der § 30 des badischen Polizeigesetzes soll im vorliegenden Falle nur von den einzelnen Polizeiverwaltungen angewendet werden können; die Herren Juristen des Verwaltungsgerichtshofes haben die Entbedung gemacht, die Landespolizeiverwaltung habe nicht das gleiche Recht. Was doch Juristen für sinnige Zeitgenossen sein können, wenn sie wollen. Der Polizeidirektor von Dingsda kann ein solches Verbot erlassen, der für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im ganzen Lande verantwortliche Minister nicht. So geschehen im badischen „Müßterlande“ im Jahre des Heils Neunzehnhunderteinunddreißig. Ja, ja, es gab einstmals — lang, lang ist's her — ein Kammergericht in Berlin, es gibt auch noch — Richter im herrlichen Lande Baden.

Die augenblickliche Lage veranlaßt uns auch, kurze Betrachtungen über die Polizei anzustellen. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir sagen, daß im allgemeinen die badischen Polizeibeamten jederzeit bereit und willens sind, ihre Pflicht gegenüber dem heutigen Staat selbst unter Einsatz ihrer Person zu erfüllen. Aber wir sind in letzter Zeit, besonders hier in Karlsruhe, gegenüber manchen höheren Polizeibeamten recht skeptisch geworden; vornehmlich richtet sich unsere Skepsis gegen manche Polizei-offiziere. Auch im Karlsruher Bezirksamt und in der Polizeidirektion sind gelegentlich Erscheinungen zu konstatieren, die erheblich zum Nachdenken Anlaß geben. Man braucht sich bloß den gesellschaftlichen Umgang mancher Polizeibeamten etwas näher anzusehen, um zu recht kritischen Schlüssen zu gelangen.

In eine oft recht prekäre Lage kommen die Schutzmannschaften, wenn sie ihrer Pflicht genügen. Sie finden nicht immer bei ihren Vorgesetzten die Unterstützung und den Schutz, auf den sie Anspruch haben, besonders wenn sie pflichtgemäß gegen nationalsozialistische Rabaukelemente vorgehen. Noch schwieriger gestaltet sich gelegentlich die Situation für die Schutzleute, wenn sie nach ihrer Pflichterfüllung gar vor die Richter zitiert werden. Wir haben solche Fälle erlebt, wo Vorgesetzte verjagt und Richter daraus ihnen wahrscheinlich nicht ganz unwillkommene Schlußfolgerungen gezogen haben.

Die Schutzpolizei hat heute eine in jeder Beziehung nicht nur ungemein mühevoll, sondern vielfach auch gefährvolle Pflicht zu erfüllen. An den Schutzmann der Gegenwart werden Anforderungen gestellt, denen die Polizei des früheren Regimes in keiner Weise gewachsen gewesen wäre. Die Schutzleute von heute verdienen im allgemeinen Interesse die Unterstützung aller ordnungsliebenden Staatsbürger und wir sind der Auffassung, daß gerade sie es nicht verdienen, von einer Gehaltskürzung betroffen zu werden. Sie haben den Anspruch auf eine Gehaltszulage, denn auf keine andere Beamtensategorie präfallen die Widerwärtigkeiten unserer schweren Zeit so scharf hernieder, wie auf die Schutzmannschaft und die Gendarmerie. Der heutige Staat braucht eine zuverlässige Exekutive, er braucht sie umso nötiger, weil die Justiz ihre eigenen, aber nicht immer dem Staatsganzen zugewandten Wege geht.

Das Verwaltungsgericht als „Morgenstern“

Der nationalsozialistische Führer jubelt natürlich über das Urteil des Verwaltungsgerichts, das er in Verbindung bringt mit dem einstmaligen preussischen Kammergericht und dem Müller von Sanssouci. Nach dem auch der Führer von der Vertrauenskrise der deutschen Justiz gesprochen hat jubelt er auf:

„Wie ein Morgenstern in dunkler Nacht, muß daher das Urteil des badischen Verwaltungsgerichtshofes wirken. Unabhängige Richter haben der herrschenden Koalition, dem Staatsministerium, dem Minister des Innern, beiseite, das Braunbenderbot, das Fahnenverbot, kurz alle Polizeistatuten rechts- und gelehrwidrig waren. Man sage nicht einfach, daß zu einem solchen Urteil kein Mut geböre. Es handelt sich hier nicht um eine lächerliche Lappalie, sondern um einen Fall von eminent politischer Bedeutung, der dem Ansehen der Regierung reichlich Abtrag tun wird. Dafür werden schon wir sorgen. Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, hat man das politisch und rechtlich unhaltbare Verbot aufrechterhalten. Gut ab vor den Richtern, die nicht nach rechts und links, sondern einsig und allein auf das Recht sehen!“

Wie der Führer weiter erklärt, möchten die Nationalsozialisten den Innenminister Witte mann am liebsten vor den Staatsgerichtshof stellen, nur das Fehlen eines entsprechenden Gesetzes haltet sie davon ab. Die von uns an anderer Stelle erwähnte Tatsache, daß die Gauleitung der Nationalsozialisten viel schneller im Besitz des Urteils war als selbst der Innenminister, gibt dem Führer Anlaß, die Regierung besonders zu verhöhnen, weil sie so langsam arbeite und unterrichtet werde.

Eine Frage drängt sich unwillkürlich auf: haben vielleicht die Nazis sehr frühzeitig einen Wink erhalten, wie das Urteil ausfallen werde? Möglich ist im deutschen Gerechtigkeitstribunal heutzutage alles.

Der Badische Beobachter

nagelt das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes u. a. durch die folgenden Sätze fest:

„Diese Entscheidung des badischen Verwaltungsgerichtshofes ist unbearbeitet und entbehrt jeglicher Einfühlung in die realen Verhältnisse unseres öffentlichen Lebens und der Rücksichtnahme auf die Autorität des Staates. Das Uniformverbot war i. H. vom Minister des Innern gegen die Nationalsozialisten und den Roten Frontkämpferbund wegen Gefährdung der Ruhe und Ordnung und der öffentlichen Sicherheit ausgesprochen worden. Es hatte sich nämlich gezeigt, daß da, wo die Nationalsozialisten und die Kommunisten in geschlossener Formation und uniformiert aufzutreten sind, es jedesmal zu politischen Schlägereien und Störungen der öffentlichen Ordnung gekommen ist. Es war deshalb die Pflicht des für die Ruhe und Sicherheit verantwortlichen Innenministers alle Maßnahmen zu ergreifen, um das politische Bombardement, das so allmählich sich zum politischen Bürgerkrieg auszuweiten drohte, mit allen staatlichen Nachmitteln niederzualten. Das konnte nur dadurch geschehen, daß neben dem Verbot gegen öffentliche An-

ginge auch das provozierende Auftreten radikaler unformierter Verbände verboten wurde. Diese Maßnahme entsprach durchaus dem Willen des größten Teils unserer badischen Bevölkerung, die die politische Auseinandersetzung in Formen und Methoden geführt wissen will, wie sie einem Kulturvolk wie dem deutschen allein angemessen sind. Der badische Verwaltungsgerichtshof hat anscheinend beratige Überlegungen nicht angestellt und sich nur auf den harten Paragraphen des geschriebenen Gesetzes bezogen.

Sie liegt ein Fall vor, wo das geschriebene Recht und seine allzu engherzige Interpretation durch lebensferne Richter gegen die Fundamentaltätigkeit des Staates, nämlich seine Selbsthaltung, angewandt wurde.

Diese Entscheidung muß um so mehr befremden, als in Hamburg und Preußen dieselben Verbote wie in Baden bestehen, ohne daß irgend jemand oder irgend ein Gericht sich dagegen ausgesprochen hätte.

Parteitag in Leipzig am 31. Mai 1931

Der sozialdemokratische Parteiaussschuß, der heute in Berlin tagte, beschloß in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand, den diesjährigen Parteitag auf den 31. Mai nach Leipzig einzuberufen.

Colossers Reinigungsbedürfnis

Die Vorgänge in der Wirtschaftspartei

Der Reichstagsabgeordnete der Wirtschaftspartei, Colosser, hat seiner Organisation am Mittwoch den Rücken gelebt. Colosser wird sein Mandat nicht niederlegen. Zunächst beabsichtigt er fraktionslos zu bleiben.

In einem an das Schiedsgericht der Wirtschaftspartei, das am Donnerstag in Berlin zusammentritt, gerichteten Schreiben begründet Colosser seinen Austritt u. a. wie folgt: „Es dürfte ein Koom sein, daß man den Aufseher der übigen Verfehlungen küssen will, während man denjenigen, der sie begangen hat, noch obendrein ein Vertrauensvotum konstruiert. Durch die Verlautbarungen der lächlichen Parteipresse ist vor der breiten Öffentlichkeit festgestellt, daß eine Mehrheit der Verantwortlichen der Wirtschaftspartei kein Reinigungsbedürfnis hat, denn um Keimzeit und Sauberkeit geht mein Kampf. Da ich aber noch Keimzeitgefühl besitze, deshalb scheide ich hiemit aus der Partei aus. Mir genügt die Tatsache, daß ein Prüfungsausschuß nach mehrmonatlicher gewissenhafter Arbeit, wenn auch angesichts der Ermittlungen in noch so schonender Form festgestellt hat, daß meine nur zum Teil bekannt gewordenen Behauptungen im wesentlichen wahr sind und daß infolgedessen nach Ansicht des Prüfungsausschusses Drewhis nicht verschwinden müssen.“

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Abg. Drewhis, hat bereits Strafantrag gegen den Abgeordneten Colosser und den Sohn des bisherigen Parteivorsitzenden Dannenberg gestellt, weil er in ihnen die Vertreter der ihn beleidigenden Behauptungen erblickt.

Sächsische Wirtschaftsparteikreise brechen mit Drewhis

Dresden, 14. Jan. Die drei sächsischen Wahlkreise der Wirtschaftspartei haben auf einer Tagung am 11. Januar in Dresden vom Parteivorstand den freiwilligen Rücktritt verlanat. Drewhis hat dies abgelehnt.

Die drei sächsischen Wahlkreise brechen nunmehr, wie von der Geschäftsstelle des Wahlkreises Ost-Sachsen der Partei mitgeteilt wird, in vollkommener Einmütigkeit die Beziehungen zur Reichsparteileitung ab.

Vergiftete Schuljugend

Die gemeingefährliche Hege der Haltenkreuzler

Wie verberend das Gift der Sittlerhege auf die Schuljugend wirkt, zeigt sich wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit in einem Verleumdungsprozeß vor dem Münchener Schwurgericht, in dem die ganze 6. Klasse der Realschule Gumbachhausen gegen ihren Sprachlehrer, einen Juden, bezugen sollte.

Gumbachhausen, ein Städtchen in Mittelfranken, mit sehr starkem Prozentsatz jüdischer Bevölkerung, wird seit Jahren mit antisemitischen Schmutzschriften bombardiert. Dabei spielt besonders die Münchener Wochenchrift „Der Stürmer“ des oft vorbestraften bayerischen Landtagsabgeordneten Streicher mit seinem jüdenfreudigen und jugendverleitenden Inhalt eine Hauptrolle. Die Verberung ging soweit, daß die wenigen jüdischen Lehrer an der Realschule von ihren Schülern dauernd bedrängt wurden. Als einer dieser Lehrer eine Schülerin wegen ihrer Unschicklichkeit „Schaf Gottes“ nannte, bielten es mehrere Mitschüler als aelchrische Sittlerhege für ihre Pflicht, sich in ihrem religiösen Empfinden verletzt zu fühlen. Einer von ihnen verfaßt, natürlich anonym, einen überaus gehässigen und verleumderischen Artikel im „Stürmer“, worin u. a. frech und läbn behauptet wurde, der Lehrer habe im Zusammenhang mit Christus und der Christenheit von einem „Schaf Gottes“ gesprochen und damit bewiesen, daß in seinen Adern das gleiche Blut fließe, das vor zweitausend Jahren dazu geführt habe, daß Christus angepöckelt und ans Kreuz genagelt worden sei. Mit diesem hegaristiel wurde gegen den angegriffenen Lehrer eine förmliche Vorverurteilung ausgesprochen.

In dem Verleumdungsprozeß, der wegen des Artikels gegen einen nationalsozialistischen Redakteur angestrengt war, hatten die angelegigen Hinterbuden keine Spur mehr von Mut, ihre verlogene Behauptung unter Eid aufrecht zu erhalten, so daß der Wahrheitsbeweis des Angeklagten wie ein Kartenhaus zusammenbrach. Der Angeklagte erhielt 150 M Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Stinbomben als „Studentenwaffen“

Köln, 14. Jan. (Ein. Draht). Aus der Umgebung von Köln sind wiederum mehrere Wissetaten der Nazis zu berichten.

In Bonn wurden nationalsozialistische Studenten in einer Versammlung der sozialistischen Studenten an drei Stellen Stinbomben und Tränengasbomben, so daß die Besucher durch den Gestank und die Tränenwirkungen ins Freie getrieben wurden.

In Eiserfeld bei Siegen kam es in einer Versammlung, in der der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Fries sprach, zu einer großen Schlägerei bei der Stühle und Biergläser die Hauptwaffen bildeten. Etwa zehn Versammlungsteilnehmer erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Eine Naziplete in Koblenz

In Koblenz hat die nationalsozialistische Druckerei Pleite gemacht. Das nationalsozialistische Blatt wird jetzt in Köln gedruckt. Dieser Bankrott ist um so bemerkenswerter, als Koblenz die erste Stadt im Rheinland war, in der ein nationalsozialistisches Blatt in eigener Druckerei hergestellt wurde.

Gemäßigter Optimismus

Dietrich über die Reichsfinanzen - Eine Milliarde Fehlbetrag - 877 Millionen Steuer- und Einnahmeausfall - „Gemäßigter Optimismus“ für das Jahr 1931

Berlin, 14. Jan. (Ein. Draht). Im Haushaltsausschuß des Reichstags gab Reichsfinanzminister Dr. Dietrich am Mittwoch einen eingehenden Bericht über die

Finanzlage des Reichs.

Der Reichsfinanzminister führte aus: In seiner Etatsrede im Plenum vom 3. Dezember habe er den voraussichtlichen Fehlbetrag für das Rechnungsjahr 1930 auf rund 900 Millionen, und zwar 300 Millionen Mehrausgaben für Erwerbslofenfürsorge und auf 600 Millionen Einnahmeausfall geschätzt. Die 300 Millionen Mehrausgaben für die Erwerbslofenfürsorge stellten nach der neuesten Entwicklung eine Höchstsumme dar, über die nicht hinausgegangen zu werden brauche. Er habe auf Grund der Steuereingänge der letzten Monate die Einnahmehätzung nochmals überprüft. Wenn dabei sich auch keine Schätzung von anfangs Dezember als richtig erwiesen hätte, müsse inmerhin mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der mit 600 Millionen Mark angenommene Anteil des Reichs an dem Einnahmeausfall um etwa bis zu 100 Millionen überhritten werden könne, und zwar liege das u. a. auch daran, daß durch den Wegfall der Reichsschiffe am 1. Februar und die dann einsetzende fortschreitende Gebaltskürzung des Reichs 30 Millionen Steuereinnahmen verliere, während bei Ländern und Gemeinden dadurch eine Verbesserung um 45 Millionen eintrete. Insgesamt werde der Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts 1930 also die Höchstsumme von rund

einer Milliarde Mark

nicht überschreiten. Der Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts, der zu Beginn des Jahres 1930 rund 770 Millionen betragen habe, werde zu Beginn des Jahres 1931 auf 330 Millionen Mark zurück zu bringen sei, und zwar durch den Erlös der Kreuzeranleihe. Der Kassenbedarf des Reichs habe Ende März des vergangenen Jahres 1670 Millionen Mark betragen werde, der durch die normalen Dedungsmittel, die Begebung von Schatzanweisungen und den im Dezember genehmigten Ueberbrückungskredit von 530 Millionen Mark abgedeckt werden könne.

Die entscheidende Frage sei, daß der Haushalt 1931 auf gesicherter Grundlage beruhe. Durch starke Ausgabenabstriche und die Abkürzung der Arbeitslofenversicherung vom Reichetat, sei der Etat 1931 auf ein festes Fundament gestellt. Eine Gefahrenquelle werde in den für 1930 geschätzten Steuereinnahmen gesehen. Gegenüber dem Steuerloß für 1930 werde im Etat 1930 mit einem

Steuerausfall von 877 Millionen

gerechnet, von denen auf das Reich über 500 Millionen entfielen. Diese Ausfallsumme enthalte rund 100 Millionen mehr als der voraussichtliche Steuereingang für das Reich 1930 erbringen werde. Es sei Gefährliche, ob man sich bei den Steuerhöchungen von einem gewissen Vertrauen in die Zukunft leiten lasse, oder ob man sich von den denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten die dunkelste aussuche. Wenn die leichte Besserung im Jahre 1931, von der die Schätzungen des Etatentwurfes ausgingen, nicht eintreten sollte, so würde der Ausfall für das Reich sich in der Höhe von 200 bis 300 Millionen Mark bewegen. Er halte es bei unserer Wirtschaftslage nicht für richtig, einen solchen Eventualfehlbetrag, der sich jetzt noch in keiner Weise übersehen lasse, durch Steuererhöhungen zu decken. Es wäre in unserer Lage das Beste, Steuern auf Vorrat zu schaffen. Wenn es gelänge, eine Reserve durch Ausgabenkürzung zu schaffen, so werde er dies sehr begrüßen.

Der Minister gibt dann an Hand der Etatszahlen ein Bild darüber, in welchem Rahmen sich die Streichungsmöglichkeiten bewegen könnten. An den Ueberweisungen der Länder, an den Kriegsalten, der Reichsschuld, den Pensionen und den Personalbesätzen, die schon um 6 Prozent gekürzt seien, lasse sich nichts streichen, ebensowenig dürften sich die Ausgaben für die Kriegsbeschädigten, die Sozialversicherung und für die Krisenfürsorge verringern lassen. Es bleiben dann für eine Ausgabekürzung die restlichen 880 Millionen übrig, die mit fast der Hälfte auf die sachlichen Ausgaben von Heer und Marine und mit der anderen Hälfte auf die gesamtsonstigen Ausgabengebiete des Reiches entfielen. Alle Maßnahmen, die die Regierung bei ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik ergreifen habe und noch ergreifen werde, haben das Ziel, der Wirtschaft wieder Auftrieb und Rentabilität zu geben und eine möglichst große Zahl Arbeitslofen dem Arbeitsprozeß wieder einzufügen. Von dem Erfolg dieser Maßnahmen könne es ab, ob der gemäßigte Optimismus, der im Haushaltsentwurf zum Ausdruck komme, berechtigt sei.

Eine Gefahrenquelle für die öffentlichen Haushalte liege noch bei den Arbeitslofenlosen, deren Zahl im Juli 1930 etwa 400 000 und im Dezember 1930 rund 597 000 betragen habe. Die Notverordnungen hätten den Gemeinden neue Einnahmequellen verschafft. Auch müßten die Gemeinden zu härteren Ausgabenleistungen kommen. Dort, wo trotz aller Anstrengungen in den Gemeinden Schwierigkeiten entstehen würden, müßten zunächst die Länder eingreifen, denen im Zusammenhang mit der Realsteuerkürzung und der Zuweisung von Hauszinssteuermitteln Ausgleichs- fonds zur Verfügung gestellt seien. Mit den Ländern müsse ein Weg gefunden werden, auf dem Reich, Länder und Gemeinden an der Sicherung und Besserung der deutschen Kreditbedingungen gemeinsam arbeiten könnten.

Auf den Zwischenruf eines Abgeordneten erklärte der Minister zum Schluß, daß er sich für eine Erhöhung der Steuer, auch nicht der Umsatzsteuer ausgesprochen werde. Besonders die Erhöhung der Umsatzsteuer würde eine untragbare Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung herbeiführen.

„Gemäßigter Optimismus“ oder vorsorgliches Handeln?

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns gebracht:

Die Rede, mit der der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich am Mittwoch die Etatsberatung im Haushaltsausschuß eingeleitet hat, vermochte die Schwächen des Reichshaushaltsplanes für 1931 nicht zu leugnen. Er rüde diese Schwächen aber nach besten Kräften ins Verleinerungsglas und suchte über den Rest der auch so noch zu tragen bleibt, mit einem „gemäßigten Optimismus“ hinwegzukommen, zu dem Herr Dietrich sich bekannte.

Herr Dietrich wandte sich mit aller Schärfe gegen die Schwarzseher. Die schlimme Lage, in der sich Deutschland zur Zeit befinde, führe er zum Teil auf den Mangel an Vertrauen zum Staat zurück und er will für jede beratige Verschlimmerung diejenigen verantwortlich machen, die „unten“, Es ist gewiß

erfreulich, wenn der Reichsfinanzminister trotz all der Enttäuschungen, die die Reichsregierung mit ihrer finanzpolitischen Maßnahmen im letzten Jahr erlebt hat, den Mut nicht verliert. Herr Dietrich hat aber auch recht, wenn er dem Zwedpessimismus entgegentritt, der besteht. Dieser Zwedpessimismus wird von den einen aus parteipolitischen Gründen gepflegt, denn je früher die Zukunft erscheint, desto üppiger blüht der Weizen der Segner des gegenwärtigen Regierungssystems, dem eine gewisse Demagogie die Schuld für die Folgen der Kriegsende und für das Zerfallen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zuschiebt. Von den anderen wird der Pessimismus systematisch gefördert, weil er egoistischen Pläne auf eine Kürzung des Anteils der breiten Massen an sozialen Produkt Vorbehalt leistet.

Zunächst können wir Dietrichs Botschaft gegen die Schwarzseher, mag er zum Teil auch von anderen Gesichtspunkten ausgehen, nur zustimmen. Diese Taktik beginnt aber zur Gefahr zu werden, wenn er die klar zutage liegenden wichtigen Punkte seiner finanzpolitischen Politik, obgleich er selbst sie nicht zugibt, und Weas einschlägt, die verhängnisvoll werden können.

Ein schwacher Punkt ist heute schon klar erkennbar. Die im Etat der vorgenommenen Schätzungen der Steuereinnahmen im Rechnungsjahr 1930, die zugleich als Grundlage für die Schätzungen für das Rechnungsjahr 1931 gedient haben, waren optimistisch. Herr Dietrich rechnet selbst auf Grund der tatsächlichen Steuereingänge in den letzten Monaten einschließlich Dezember mit einer Unterschreitung der Vorausschätzungen um rund 100 Millionen Mark. Er sieht aber trotzdem die Lage dann nicht als kritisch an, „wenn der Haushalt für 1931 auf gesicherter Grundlage ruht.“ Die entscheidende Frage, ob das der Fall ist, glaubt er von der Ausgabe Seite her glatt bejahen zu können. Was das angeht die Einnahmenseite, so kann auch Herr Dietrich trotz der gegenüber den ursprünglichen Schätzungen für 1930 um 1143 Millionen zurückgeschraubten Einnahmehätzung die Frage nach weiteren Gefahrenquellen nicht verneinen. Aber er tröstet sich damit, daß man den Wirtschaftsverlauf des nächsten Jahres unmöglich voraussagen könne und daß ein geringer Ausfall des Pendels nach unten einen weiteren Einnahmeausfall von „nur“ 200 bis 300 Millionen Mark (für das Reich) bringen könne, der, so lösend er für die Sanierung der Etats- und Kassenlage auch sei, noch keinen Schaden nicht, durch Steuererhöhungen „Steuern auf Vorrat“ zu schaffen. Es sei anzunehmen, daß in der größten Krise seit hundert Jahren, die wir gegenwärtig durchleben, der Tiefstand erreicht ist, und daß 1931 eine leichte Aufwärtsbewegung bringen werde.

Selbst wenn man sich nun diesen „gemäßigten Optimismus“ des Herrn Dietrich zu eigen machen könnte, hat seine Rechnung doch einige sehr bedenkliche Löcher. Zunächst hat er schon für den erhöhten Einnahmeausfall im Jahre 1930 keine Deckung. Die Ausfälle im Jahr 1931 werden aber selbst dann beträchtlich größer sein, als sie im Etat angenommen sind, wenn die erhoffte leichte Aufwärtsbewegung eintritt, was noch keineswegs sicher ist, denn eine solche Aufwärtsbewegung würde sich nur bei der Lohnsteuer ausbilden, bei der Umsatzsteuer nach einiger Zeit in den Einnahmen auswirken. Bei den Veranlagungssteuern dagegen wird sich die Wirtschaftskrise auch dann erst 1931 voll auswirken, wenn in diesem Jahre die leichte Besserung der Wirtschaftslage wirklich eintritt.

Darunter werden die Länder und Gemeinden noch mehr zu leiden haben, wie das Reich, weil nicht nur die Müdigkeit der Reichsfinanzen zu starken Kürzungen der Ueberweisungen führen, sondern auch die eigenen Einnahmen der Länder und Gemeinden von den Kürzungen betroffen werden, und weil darüber hinaus die Ausgaben der Länder und besonders der Gemeinden selbst bei einer leichten Besserung des Arbeitsmarktes nicht eine rasche Senkung, sondern auf längere Frist noch eine erhebliche Steigerung erfahren werden. Geht man den Dingen ein Einzelnen nach, so kommt man bei sorgfältiger Prüfung zu dem Ergebnis, daß in den Haushalten des Reiches, der Länder und der Gemeinden zusammen mit einem zünftigen ungedeckten Fehlbetrag von etwa einer Milliarde zu rechnen ist. Dabei ist der noch ungedeckte Plan Dietrichs, betreffend die Gewährung von Vorkrediten, über den zu sprechen er im Rahmen seiner Etatsrede verlehnte, obgleich er doch sicherlich erhebliche Kosten verursachen würde, noch nicht berücksichtigt.

Wird für diesen Fehlbetrag nicht rechtzeitig Deckung geschaffen, so wird die Etats- und Kassenlage, die Herr Dietrich ertrübt, sehr ernstlich gefährdet. Will schon Herr Dietrich Steuererhöhungen vermeiden, so wird er jedenfalls auf die gesamteten Steuererhöhungen verzichten müssen. Die Senkung der Reichsteuern um 270 Millionen Mark, der Industrieerhöhung um 100 Millionen und die Einführung der freien Grenze für die Umsatzsteuer von 5000 M aber, die vom 1. Juli 1931 an die dreizehnjährige 30 Millionen Ausfall bringen würden, erscheint schon jetzt nicht durchführbar. Die Spuren der Reallofenkürzung sind heute und 1926 nicht, Sinzkommen müßten aber noch neue Steuern aufheben, und zwar hier an den sozialdemokratischen Antrag auf Erhebung eines Zuschlages von 10 Prozent der Einkommensteuer bei mehr als 800 M an die wichtigste Aufschlagssteuer, an die vergrößerte Besteuerung um nach dem Verbrauch und an die Befreiung der öffentlichen Mängel der Erbschaftsteuer erinnert. Auch die Annahme dieser sozialdemokratischen Anträge sind 100 Millionen Mark zu gewinnen. Geht man ferner zur Umstellung der Umsatzsteuer auf die Friedens- statt nach der Grundvermögensteuer über, so lassen sich weitere 200 Millionen Mark beibringen und entschligt man sich auch, nur zu einem zehnprozente Abzug beim Wehretat, beim Zuffetat und beim Etat der Auswärtigen, wofür auch von bürgerlicher Seite Vorarbeiten gemacht sind, so werden 85 Millionen Mark frei.

Damit wäre noch keine rechtliche Deckung geschaffen, aber es müßte die Voraussetzungen, die dringend geboten ist, daß die zünftige, selbst natürliche Deckung durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern ihre Grenzen hat, ist durch die sinkenden Ertränisse der Braunkohleindustrie erwiesen. Beim Bier geht es ähnlich, beim Tabak wahrscheinlich auch. Der „gemäßigte Optimismus“ Dietrichs mag gelten, aber drohenden Gefahren soll man rechtzeitig vorbeugen. Wir haben nun genug Vorgebild gesehen.

Senkung der Eisenpreise

Düsseldorf, 14. Jan. Die Eisenindustrie vorbereitet eine längere Erklärung, aus der sich ergibt, daß für alle ab 1. Januar 1931 getätigten Abschlässe eine Ermäßigung der Eisenpreise um durchschnittlich 11,50 bis 12 M eintritt.

Eisen, 14. Jan. Wie dem RWV-Vorstandsbuchstabe mitgeteilt wird, hat der Reichsverband keine Grundpreisermäßigung von 10 M, von 170 auf 160 M pro Tonne handelsüblicher Eisen.

Ihr Held

In regelmäßigen Abständen begeistert sich die nationalsozialistische Presse über Mussolini, in dem sie das leuchtende Vorbild des deutschen Faschismus erblickt. Den Gipfel erreicht der Westdeutsche Beobachter mit der folgenden Stiefelrederei:

„Der Duce ist der Inbegriff sämtlicher verschiedensten Gestalten des Heldentums. Was immer wir uns von irdischer und geistlicher Würde als einem Menschen innewohnend denken können, ist hier in einer Person vereinigt, um über uns zu bestehen, uns mit beständiger praktischer Belehrung zu versehen und uns für Tag und Stunde zu lösen, was wir tun müssen.“

Diese Heldengestalt, der, wie dem Oberhaupt der katholischen Kirche, Unfehlbarkeit zugeschrieben wird, schrieb seinerzeit, als sie zum Krieg gegen Deutschland hießte, im „Popolo d'Italia“:

„Seil dem Revolver Principis und der Bombe Cabrinovics!“

Das ist der Mann, von dem die Nationalsozialisten erwarten, daß er ihnen für Tag und Stunde sagen werde, was sie tun müssen! Was er inzwischen tut, heißt nicht gerade nach deutschem Nationalismus aus. Die „Upenszeitung“ vom 11. Januar meldet aus Bozen, daß eine ganze Reihe von Lebensmittelgeschäften auf zwanzig bis dreißig Tage behördlich geschlossen wurden. In Meran sind zwanzig Geschäfte auf längere Zeit gesperrt worden. Es handelt sich ausschließlich um deutsche Geschäfte, die zum Teil zu den ältesten und angesehensten Unternehmungen gehören. Das schärfste Blatt vermerkt triumphierend die vernichtenden Schläge gegen die deutsche Geschäftswelt.

Dem Manne, der die Unterdrückungspolitik gegen das Deutschtum in Südtirol führt, leihen die Nationalsozialisten die Stiefel!

Die Weltarbeitslosigkeit

In einem Bericht des Internationalen Arbeitsamts werden die Arbeitslosenziffern für 1930 veröffentlicht.

Danach haben die Gesamtzahlen der Arbeitslosen der gesamten Welt im Dezember 1930 etwa 15 Millionen betragen.

Der Bericht gibt sodann folgende Arbeitslosenzahlen an: Deutschland 3,9 Mill. (gegen 2,3 Mill. Ende 1929), England 2,3 (1,2), Österreich 262 000, Belgien 100 000, Tschechoslowakei 161 000, Südtirol 4700, Italien 334 000 (gegen 330 000 Ende 1929). In den Vereinigten Staaten schwanken die Zahlen der voll Arbeitslosen zwischen 5 und 7 Millionen. In den außereuropäischen Gebieten weist Japan am Jahresende 386 000 gegen 268 000 im Vorjahr auf, Australien 99 000, Kanada 21 000. Von der Gesamtbevölkerung werden in Deutschland 5,7, in Amerika 4,8 v. H. von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Abbau der polnischen Wanderarbeiter

Berlin, 14. Jan. (Ein. Ber.) Das Kontingent ausländischer Wanderarbeiter wird nunmehr kräftig abgebaut. Reich und Preußen haben sich in Verhandlungen, an denen auch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beteiligt war, dahin geeinigt, das Kontingent um etwa die Hälfte zu kürzen. Das bisherige Kontingent betrug sich auf rund 10 000 Personen. Damit ist nunmehr ein Anfang mit der Bewirtlichung der von Preußen aufgestellten Forderungen zur Entlastung des Arbeitsmarktes gemacht. Die polnischen Wanderarbeiter müssen und können zum größten Teil durch deutsche Arbeiter ersetzt werden — durch Arbeiter nicht als Arbeitskolonisten, wie die Propagandisten des freiwilligen Arbeitsdienstes meinen.

Wo kommen die Revolver her?

Ein Berliner Nationalsozialist hat sich erkümmert. Er war im Besitz einer Mauserpistole. Ein Sattlergehilfe aus Berlin-Spandau feuerte im Kolberg auf Jugendliche, die sich mit Schneeballwerfen vergnügten. Die Revolvergeschüsse, die den einen sehr schwer verletzten, immer tragen Nationalsozialisten den Revolver in der Tasche. Bei jeder Gelegenheit machen sie davon Gebrauch. Das Gelebe gegen das Waffenverbot wird in Deutschland täglich von zehntausenden Nationalsozialisten übertreten. Eine Verhinderung des Gelebes ist unmöglich. Woher aber muß eine andere Frage gestellt werden. Wo kommen die Revolver her?

Wie ist es möglich, daß derartige Mengen von Schusswaffen in den Besitz von Mitgliedern gerade der Nationalsozialistischen Partei kommen können? Der Verdacht liegt nahe, daß es sich dabei nicht um Einzelkäufe, sondern um organisierte Beschaffung handelt. Es wäre an der Zeit, daß die Behörden Nachschau halten, ob die sogenannten Selbstwehrgesellschaften der Nationalsozialisten, die ganz offiziell zugelassen sind, sich wirklich nur auf die Lieferung von Hosen, Jacken, Mützen, Tornistern und Riemen beschränken, oder ob hier die Quellen sind, aus denen die umfangreiche Bewaffnung der nationalsozialistischen Anhänger mit Schusswaffen erfolgt!

Ritter Thälmann von Moskaus Gnaden

Der kommunistische Ordensträger
M.B. Moskau, 14. Jan. Die Moskauer kommunistische Parteiorganisation hat den Führer der KPD, den Reichstagsabgeordneten Thälmann zum Ehrenmitglied ernannt mit der Begründung, daß Thälmann jetzt der einzige Führer der kommunistischen Revolution sei, der in der Lage ist, die KPD zum Sturm gegen das Bismarcktum zu bringen. Mehrere kommunistische Organisationen haben beantragt, daß Thälmann auch den Orden „Lenin“ erhalten solle.

„Bund deutscher Eisenbahnenbesitzer“. In Heidelberg wurden die Verhandlungen des Eisenbahnenbesitzerbundes zu Ende geführt, und der Bundesrat des Eisenbahnenbesitzerbundes mit dem 24. in Bonn beim Reichsminister. Der Verband umfaßt ebenfalls Formisten, Stabellen, Intendanten, Grob- und Mittelbediene. Die Anlieferung von Banden und Heilmitteln ist vorgesehen. Die neue Preisliste wird sofort nach Bekanntwerden der in Aussicht stehenden Preiserhöhungen des Stahlwertverbandes herausgegeben.

Aus aller Welt

Furchtbare Tragödie in Spandau
Eine furchtbare Familientragödie spielte sich in Spandau ab. Dort erstickte der 39 Jahre alte Kaufmann Walter Dörmle sein Kind bei ihm wohnenden jüngeren Bruder Hans im Bett und brachte sich dann selbst zwei Schüsse bei, an denen er bald darauf starb. Aus einem an die Frau des älteren Bruders gerichteten Schreiben, die während der Tat gerade Besorgungen machte, scheint hervorzugehen, daß die beiden Brüder aus wirtschaftlicher Notlage sich zum Freitod entschlossen hatten, da beide den Brief unterzeichnet hatten. Die Augenblicke im Zimmer lassen aber darauf schließen, daß dem jüngeren Bruder sein Entschluß reute und daß es zwischen beiden zu einem Kampf gekommen sein muß.

Wieviel Einwohner hat Berlin?
Nach Mitteilungen des Statistischen Amtes betrug die Einwohnerzahl Berlins am 1. Januar 1931 4 352 112. Im Dezember 1930 waren in Berlin 41 000 Ehen geschlossen und 3163 Kinder geboren. Gestorben sind 4102 Personen.

Neuer Reichsbahnschiedspruch

Erfolgreiche Abwehr der Gewerkschaften

Ausgangsricht nicht! Der jüngste Reichsbahnschiedspruch hat das wieder einmal bestätigt. Die Reichsbahnhauptverwaltung und ein ihr sehr willfähriger Schlichter hatten den Bogen überspannt. Der Arbeitsgerichtsentscheid war eine glatte Unmöglichkeit, und die Forderung der Reichsbahn, ihn für verbindlich zu erklären, war eine Herausforderung. Das Reichsarbeitsgericht rückte denn auch von dem ihm zu großen Schiedspruch ab.

Der energische Protest der Eisenbahnergewerkschaften gegen eine ungeheuerliche Zumutung war nicht ohne Wirkung geblieben.

Bei den Nachverhandlungen am Dienstag haben die Vertreter der Organisationen mit ihrer Kritik an dem Spruchmonstrum kein Blatt vor den Mund genommen. Auch der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirigent Dr. Kewes, der die Nachverhandlungen führte, war sich darüber im Klaren, daß der Schiedspruch in verschiedenen Hauptpunkten unmöglich bestehen bleiben konnte. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als sich gegenüber den Vertretern der Hauptverwaltung energisch für eine Revision des Spruches einzusetzen.

Die Oppositionsvertreter bekämpften den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung in erster Linie mit dem Argument, der vorliegende Spruch verstoße gegen die Forderungen des § 8 der Schlichtungsordnung vom Oktober 1923, er entspreche

nicht der Billigkeit und sei weder aus wirtschaftlichen noch aus sozialen Gründen gerechtfertigt.

Das Hauptergebnis lag in der vom Spruch vorgesehenen Neuregelung der gesetzlichen Sonntagsarbeit. Hier wurde dann auch von dem Vertreter des Ministeriums der Hebel angelegt und es wurde durchgesetzt, daß künftig die zusätzliche Sonntagsarbeit, falls sie in Erscheinung tritt, wie bisher nur als Ueberzeitarbeit gelten kann und mit einem besonderen Ueberlöhne nachzuschlag (fünftägig 20 Prozent) vergütet werden muß. Alles in allem, — es kamen noch verschiedene Abänderungen hinzu, — haben die Gewerkschaften es erreicht, daß ihren Forderungen bis zu 85 Prozent Rechnung getragen wurde.

Gewiß hätte die Reichsbahnhauptverwaltung bei etwas gutem Willen die Forderungen der Eisenbahner bis zu 100 Prozent erfüllen können, zumal ihr daraus keine besonderen Kosten entfielen und die Forderungen im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit sich ja von selbst rechtfertigten. Immerhin: Die Gewerkschaften können sich mit dem in einem überaus schweren Verhandlungskampf erzielten Ergebnis, das für Tausende gegenüber einer bisherigen Arbeitszeit von 8½ Stunden und 9 Stunden den Achtstundentag sichert, freuen lassen. Sie haben deshalb dem abgeänderten Schiedspruch zugestimmt. Auch die Gegenseite hat die neue Regelung angenommen.

Jeder flieht Haushaltsausschuß

Flucht vor der Wahrheit

Die Folge von Behauptungen ohne Beweise

Der große Finanz- und Wirtschaftstheoretiker der Nationalsozialisten, Herr Feder, ist, wie zu Beginn der Haushaltsberatungen am Mittwoch im Reichstag mitgeteilt wurde, aus dem Haushaltsausschuß ausgeschieden. Ob dieses Ausscheiden freiwillig erfolgt ist oder von seinen Parteifreunden erzwungen wurde, entzieht sich einstweilen der Kenntnis. Auf jeden Fall ist die Tatsache, auch wenn man die Persönlichkeit des Herrn Feder nach Gebühr einschätzt, wichtig genug, um von der Öffentlichkeit beachtet zu werden.

Allem Anschein nach sieht die Flucht Feders vor den Auseinandersetzungen im Haushaltsausschuß des Reichstages in unmittelbarem Zusammenhang mit Diskussionen, die vor einigen Wochen dort stattgefunden haben. Als damals Herr Feder an dieser Stelle müde Volksversammlungsreden hielt und Behauptungen aufstellte die jeder ernsthafte Mensch mit einer Handbewegung abzutun in der Lage ist, wurde ihm bereits bedeutet, daß der Haushaltsausschuß keine nationalsozialistische Volksversammlung sei und die dort

tätigen Abgeordneten, ausgenommen die Nationalsozialisten, keine politischen Anwaltsarbeiten wären. Behauptungen mühten an dieser Stelle deshalb auch bewiesen werden. Da dieser Hinweis Herrn Feder aber nicht davon abhielt, über die deutschen Reparationsleistungen unwahre Behauptungen aufzustellen, so wurde ihm mitgeteilt, daß man ihm bei der Beratung des Haushaltsausschusses alle amtlichen Dokumente auf den Tisch legen würde, damit er imstande sei, immer sofort den dokumentarischen Beweis für seine Behauptungen zu liefern.

Die Aussicht, künftig jederzeit bei seinen Unwahrheiten betroffen zu werden, haben anscheinend Herrn Feder und seinen Freunden genügt, um der Tapferkeit besseres Teil zu erwählen und einer Stelle, wie dem Haushaltsausschuß, wo man seine Behauptungen beweisen muß, den Rücken zu kehren. Die Beratungen des Haushaltsausschusses werden dadurch wahrlich gefördert werden. Bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses aber herrscht, wie es heißt, tiefe Trauer, daß ihre zeitraubende und anstrengende Arbeit nicht durch heilere Internassa, wie sie nur Herr Feder zu liefern vermag, unterbrochen wird.

Europa-Beratungen

Europa-Kommission inmitten politischer Wirren

Genf, 16. Jan. (Ein. Ber.) Am Freitag vormittag 11 Uhr erfolgt die erste Sitzung der Studienkommission für europäische Einigung. Nach einer kurzen geheimen Beratung werden die weiteren Verhandlungen öffentlich vor sich gehen.

Bisher steht nur fest, daß in der ersten Sitzung der Vorsitzende der Wirtschaftskommission, Collijn-Holland, einen ausführlichen Bericht über europäische Wirtschaftsfragen erstatten wird. Ob der Italiener Suwitsch am Samstag über europäische Finanzfragen referieren kann, hängt noch von den Arbeiten der Finanzkommission ab, die noch nicht beendet sind.

Während Völkerverbundmitglieder, die keine Europäer sind, ausdrücklich zur Entsendung von Beobachtern aufgefordert wurden, ist eine Einladung Russlands und der Türkei zu dieser Tagung noch nicht beschlüsselt. Diese Frage soll offenbar auf die nächste Europakonferenz im Mai verschoben werden.

Nach den bisher eingetroffenen Anmeldungen nehmen von den beteiligten 27 europäischen Staaten 16 Außenminister an den Beratungen teil.

Viel herauskommen dürfte angesichts der augenblicklichen Situation wohl kaum aus den Beratungen.

Unterwegs nach Genf

Berlin, 14. Jan. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, verließ heute nachmittag mit der deutschen Delegation Berlin, um sich nach Genf zur Tagung des Völkerverbundes zu begeben.

Paris, 14. Jan. Senderon und Briand sind im Begriffe sich nach Genf zu begeben.

Die polnische Gegennote

Auf die deutschen Minderheitsbeschwerden an den Völkerverbund hat die polnische Regierung mit einer Note geantwortet, deren wichtigste Partien sind:

In dem ersten Teil der Note wird grundsätzlich nachzuweisen versucht, daß die Aktion der deutschen Reichsregierung den Rahmen einer Minderheitenaktion überschreite. Ihre Noten hätten daher der Charakter einer unmittelbaren politischen Aktion und dadurch sei die leidenschaftliche Kampagne der deutschen Presse ermöglicht worden, die sich auf falsche oder übertriebene Tatsachen stütze.

Im zweiten Teil wird in Erwiderung der deutschen Vorwürfe nachzuweisen versucht, daß die deutschen Minderheiten an der Ausübung ihres Wahlrechts nicht gehindert worden seien. Zugleich wird auch der Versuch gemacht, die Erregung während der Wahlkampagne zu erklären, und zwar durch die angeblich erfolgte Terrorisierung der polnischen Minderheiten Deutschlands und die politische Aktion Deutschlands gegen den polnischen Staat, wobei die Treitman-Rede herangezogen wird.

Im dritten Teil wird auf die oberflächlichen Zwischenfälle Bezug genommen, die als gewöhnliche Wahltravasse dargestellt werden; in anderen Ländern, u. a. auch in Deutschland, seien bei Wahlen in letzter Zeit viel ernstere Zusammenstöße vorgekommen.

Rußland und die Abrüstungskonferenz

M.B. Moskau, 14. Jan. Die Telegramenagentur der Sowjetunion veröffentlicht folgende Meldung: Angesichts der zurzeit stattfindenden Erörterung der Frage des Vorhubs und des Zeitpunktes sowie des Ortes der Abrüstungskonferenz haben die Sowjetbotschaften bzw. Gesandtschaften u. a. in England, Deutschland, Frankreich, Italien und Japan den Außenministern dieser Länder eine gleichlautende mündliche Erklärung abgegeben, worin anfangs zum Ausdruck kommt, daß nach Ansicht der Sowjetregierung diese Konferenz von internationaler Bedeutung sei, da die Ergebnisse dieser Konferenz in erheblichem Maße die Frage Krieg oder Frieden beeinflussen würden. Für einen Erfolg der Arbeiten der Konferenz sei eine volle Gleichberechtigung aller teilnehmenden Staaten unbedingt erforderlich. In Anbetracht dieses Umstandes glaubt die Sowjetregierung, daß die Beteiligung an der Wahl des Konferenzvorsitzenden allen Konferenzteilnehmern ohne Ausnahme gewährt werden müsse und daß der Vorsitzende vom Plenum der Konferenz ernannt werden müsse. Die Sowjetregierung glaubt, daß als Ort der Abrüstungskonferenz ein Land gewählt werden müsse, das mit allen Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, normale Beziehungen aufrecht erhält.

Freistaat Baden

Aus dem Ausschuß für Gesuche und Beschwerden

Der Landtagsausschuß für Gesuche und Beschwerden hielt am Dienstag (13. Januar) eine Sitzung ab.

Der Tagesordnung lagen folgende Gesuche zugrunde; von denen sich sechs auf Gewährung von Rechtsbehelfen, drei auf Beihilfen zu Renten oder auf sonstige Unterstützung, ein Gesuch auf Entschädigung, vier auf Verwendungen, bzw. auf Wiederverwendung im Staatsdienst und zwei auf Zurückberufung bezogen.

Unter den Gesuchstellern befinden sich einige „alte Kunden“, das heißt solche, die jeden Landtag mit dem gleichen aussichtslosen Anliegen „beehren“.

Entsprechend der Sachlage und den Anträgen der Berichterstatter wurde über dreizehn der Gesuche Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Ein Gesuch wurde auf Grund des § 49 der Geschäftsordnung durch Ueberweisung an den Asten des Landtages erledigt (zurückgewiesen), da es eine Sache betrifft, die wiederholt behandelt und abgelehnt wurde.

Ein Gesuch betreffs Beschäftigung im Staatsdienst wurde der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme überwiehen, daß gerügt werden soll, ob der Gesuchsteller — ein armer behauerswerter Krüppel von Geburt, der sich seit 10 Jahren allüberall vergeblich bemüht, eine Schreibbeschäftigung zu erhalten — nicht in einer Anstalt (Krüppelheim usw.) beschäftigt werden könnte.

Die Erledigung eines weiteren Gesuchs mußte zurückgestellt werden, da der Berichterstatter Abg. Merk (Nat.Sos.) nicht erschienen war.

Vom Wirtschaftsverband der Deutschen Uhrenindustrie G. B. wird mitgeteilt: Die Uhrenfabriken werden Anfang Januar ihre neuen Preislisten herausgeben, die zum großen Teil Preiserhöhungen enthalten. Die Ermäßigungen sind nicht proportional einseitig durchgeführt, sondern auf Grund genauerer Kalkulation auf die einzelnen Artikel errechnet.

Bayerischer Etat und Bekämpfungskürzung

Am Mittwoch nahm der bayerische Landtag seine parlamentarischen Arbeiten wieder auf. Zunächst soll im Verfassungsausschuss in einer 4. Lesung das Bundeswahlgesetz verabschiedet werden. Am 24. Januar tritt dann das Plenum des Landtags zur Entgegennahme des Haushaltsvoranschlags zusammen. Zum erstenmal seit Jahren wird der Etat kein Defizit aufweisen, was neben starker Ausgabenkürzung im wesentlichen auf die Erträge der Schatzkammer zurückzuführen ist. Die Prozentkürzung der Bezahlung der Beamten und Staatsangestellten ergibt zwar die Summe von rund 22 Millionen Mark, von der aber infolge des Rückgangs der Steuererträge und der Einbehalten von Ueberweisungsteuern durch das Reich nur wenige Millionen für den eigentlichen Bedarf übrig bleiben werden. Die Unsicherheit in der Gestaltung der Einnahmen hat im übrigen dazu geführt, den Etat zum erstenmal variabel zu gestalten, d. h. für die Staatsentnahmen unter die Ziffer des Voranschlags, so sollen auch die Staatsausgaben entsprechend verringert werden.

Der Weg zur Macht

Ein Kapitel der Mahnung

Der Faschismus feiert wieder Gedenktage. Das republikanische Deutschland kann daraus lernen. Es hat bitterer als je die Lehre nötig, was aus ihm werden kann, wenn es den Reichsführer jener rechtsbürgerlichen Kreise folgt, die dem Nationalsozialismus an die Macht verhelfen wollen. Fünf Jahre sind es erst her, nicht acht, daß der Faschismus unumkehrlich herrscht. Seine wirkliche Revolution, d. h. die völlige Umwälzung der vom König beschlossenen Verfassung, begann nicht beim Regierungsantritt, also Oktober 1922, sondern im Januar 1925. Die neugebildeten Gruppen der jungen Faschisten von 18 bis 21 Jahren hatten deshalb dieser Tage in Italien den 3. Januar zu feiern.

— das Parlament völlig aus und ließ ihm auch später nur einen dekorativen Charakter. Er regierte durch Diktaturandrohungen. Wie kostete Mussolini das? „Ich kenne keine Feinde, auch nicht den Feind der Freiheit.“

Dieser unerhörte Vorgang neuester Geschichte muß die Jugend als „historischen Gedanktag der Faschisten“ feiern. Es ist gut, wenn man sich erinnert, es ist gut, daß man sich vor allem in Deutschland jetzt daran erinnert. Man verliert zu schnell. Nichts will man aus noch so naher Geschichte lernen, ob es sich um Völkerkriege handelt, für die alle rüsten, und für die mancher dann, wenn es ihm nach beschlossener Rüstungserhöhung gerade paßt, ein offizielles Wort des Abgleichs zu finden weiß, oder ob es sich um Bürgerkrieg handelt. Aber der Weg zur Macht ist für die Nationalsozialisten, wenn er von ihnen beschritten werden würde, vom italienischen Faschismus vorgezeichnet. Er muß naturgemäß auch zu einem dritten Januar, der alles umstürzenden Gewalt führen.

Auch der deutsche Faschismus hat, wie der italienische, seine rechtsbürgerlichen „Flankenstümer“, wie man sie in Italien nannte, die ihm in den Sattel helfen möchten. Die Flankenstümer glauben auch in Italien, sie könnten den Faschismus reibungslos in die parlamentarischen Bahnen und Ordnung zwingen. Mehr als zwei Jahre lang verlor auch Mussolini „Normalisierung und Legalisierung“ der Verhältnisse. Nichts schien im Grunde wesentlich geändert. An der Verfassung wurde, auch wenn sie tatsächlich oft genug nicht eingehalten wurde, mit Gehehen in dieser Zeit nicht zu rühren gewagt. Die Pressefreiheit mußte zunächst bestehen bleiben. Aber die Flankenstümer täuschten sich in Italien, wie sie sich in Deutschland täuschen werden. Kaum hatte man die Machtmittel fest in den Händen, da schüttelte der Faschismus die Flankenstümer, wie jede Zusammenarbeit mit allen anderen Parteien von sich, und setzte seine unumschränkte Gewaltbereitschaft ein. Dabei ist es im tiefsten Wesensgrunde gleich, ob die Ermordung des sozialdemokratischen Abgeordneten oder eine andere in solchen Verhältnissen eintretende Gewalttat den äußeren Anlaß dazu bietet. Der Anlaß wird sich in Deutschland noch schneller finden als in Italien. Sätten die Nationalsozialisten erst einmal die Machtmittel des Staates in der Hand, so würden sie (nach ihren eigenen Aussagen) vor keiner gleichen Gewalt zurückweichen und sie nach berühmten Mustern zu gleichmäßiger Gewalt erklären. Soweit ist der Weg zur Macht klar und eindeutig vorgezeichnet. Nur eines haben die Flankenstümer des Faschismus nicht eingerechnet: „Den Ausbruch eines der blutigsten und in den Folgen gefährlichsten Bürgerkrieges.“

Deutschlands Arbeiter kennen zwar ebensowenig wie Mussolini Feinde. Die Freiheit bedeutet ihnen nicht einen Feind, sondern einen geheiligten Glauben.

Gewerkschaftliches

Der Konflikt im ober-schlesischen Bergbau

Berlin, 15. Jan. (Funkdienst). Die Nachverhandlungen im Lohnkonflikt der ober-schlesischen Bergbauindustrie werden heute vormittag im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt. Die Gewerkschaften haben den am Dienstag abend in der Lohnfrage gefällten Schiedspruch abgelehnt. Der Schiedspruch über den Manteltarifvertrag, der für die Bergarbeiter eine Reihe von Verbesserungen bringt, wurde angenommen.

Kürzung der mitteldeutschen Metallbetriebslöhne bis 6 Prozent

Halle (Saale). Der vom Halleischen Schlichtungsausschuss für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällte Schiedspruch, der eine Kürzung der Stundenlöhne um 4 Pfg. in der Spitze vorsieht, ist von Arbeitgeberseite abgelehnt worden. Die Arbeitgeber beschließen die Regelung als völlig ungenügend. Der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller hat daher beschlossen, von dem am 19. Januar beginnenden Lohnwache bis auf weiteres den Arbeitsverträgen Lohnsätze zugrunde zu legen, die eine Ermäßigung der bisherigen Tarifsätze bis 6 Proz. vorsehen.

Schiedspruch

für die mitteldeutschen Straßenbahner

Magdeburg, 14. Jan. Im Lohnstreit für das Stadt-, Betriebs- und Werkstättenpersonal der Straßenbahnen in Mitteldeutschland wurde in Magdeburg folgender Schiedspruch gefällig: Die auf Grund des am 30. März 1929 im Reichsarbeitsministerium getroffenen Abkommens beschlossenen Lohnsätze vom 1. April 1929 blieben über den 31. Januar 1931 in Kraft mit der Abänderung, daß sämtliche Löhne um 4 Prozent gekürzt werden. Dieses Abkommen kann mit sechsmonatiger Kündigungsfrist erstmalig zum 31. Juli 1931 gekündigt werden. Es gilt für die Städte Magdeburg, Merseburg, Dessau, Jena, Gera, Braunschweig, Kassel und Kauen. Die beiden Parteien haben sich bis jetzt zum Schiedspruch nicht geäußert.

Ergebnislose Tarifverhandlungen in der Krefelder Metallindustrie. Die Tarifverhandlungen für die Krefelder Metallindustrie haben zu keinem Ergebnis geführt und wurden nach mehrwöchiger Dauer auf Freitag vertagt. Die Arbeitnehmervertreter erklärten die Forderungen der Arbeitgeber auf Abbau der Löhne um 12 bis 15 Prozent für zu hoch und verlangten eine wesentliche Senkung dieser Forderungen.

Partei-Nachrichten

Münchener. Vorkonferenz des bayerischen Ortsvereins eine öffentliche Versammlung mit Vortrag des Gen. Hauptlehrer Dellinger über „Sozialismus und Volkswirtschaft“. Der Referent zeigte in seinen lehrreichen sowie verständnisvollen Ausführungen, was uns der Sozialismus schon gebracht hat, und welche Aufgaben ihm noch bevorstehen, um nicht wieder ein Volkermörder wie 1914 zu erleben. An der Diskussion wurde teilgenommen, nur hätte dieser Vortrag eine größere Zahl von Zuhörern verdient, als es tatsächlich der Fall war. Die Parteigenossen, und nicht zuletzt auch Volksfreunde, möchten wir bitten, bei solchen Anlässen etwas mehr „Aktivität“ zu zeigen. Gen. Hauptl. Dellinger sei an dieser Stelle nochmals gedankt für seine Ausführungen.

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Berlin, 17. Januar: Abends 8 Uhr im „Grünen Hof“ Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wahlen. 3. Vortrag von Gen. Trinius (Karlsruhe) über die politische Lage. 4. Bericht des Gen. Sekretariats. Abends 8 Uhr im „Pflaumen“ Generalversammlung. Sonntag, 18. Januar: Bietheim: Mittags 3 Uhr im „Kirch“ öffentlicher Vortrag über „Christentum und Sozialismus“. Referent: Arbeitervertreter Gen. Erb (Karlsruhe). Pforzheim: Mittags 4 Uhr spricht im Volksklub Gen. A. Häfner (Karlsruhe) über „Das Arbeitslosenversicherungsgesetz“. Pforzheim: Mittags 2 Uhr im „Lamm“ Fortsetzung des Kurses für die Gemeindevorsteher der Dörfergemeinden Egenstein, Teufsch und Weilschneut, Lintenheim, Liebolsheim, Graben.

Aus der Stadt Durlach

Generalversammlung des Sängerbund Vorwärts. Vorstand Schneider eröffnet die Versammlung und gedachte mit ehrenvollen Worten der verstorbenen Mitglieder, die in üblicher Weise gedenkt wurden. Die Geschäftsberichte zeigten von einer Fülle von Arbeit. Durch vorzügliche Kassenführung und durch den Opferwillen der Mitglieder ist es gelungen, einen Ueberschuss zu erzielen. Die Diskussion war rege, aber sachlich. Eine Reihe Anträge wurde erledigt. Zu erwähnen ist, daß am 1. Mai ein großes Konzert stattfindet, in dem ein großes Chorwerk mit Soli und Orchester aufgeführt wird. Die Annahme des Antrages, daß an besonders verdiente Mitglieder feierliche Subventionen erteilt werden sollen, ist sehr erfreulich. Die Neumitglieder brachten keine Vorschläge vor, doch ist die Sangesgenossen Länge als Sängervorstand und Messner und Kraut als Beisitzer in den Vorstand gewählt worden. Nach Erledigung von verschiedenen Eingängen schloß Vorstand Schneider mit dem Appell frei zur Sache des Arbeitervereins zu stehen, die lebhaft mit frischem Geist erfüllte Versammlung.

„1914“ freigegeben

Ein Erfolg im Kampf gegen die Filmreaktion

Die Filmprüfstelle hat Richard Smalldes Tonfilm „1914“ am Freitag nach nochmaligen Verhandlungen mit dem auch in dieser Sache, genau wie beim Remarque-Film, so jäh ungelassenen Auswärtigen Amt freigegeben. Die Herausgeber hatten vorher gewisse Forderungen an dem Film vorgenommen. Das Auswärtige Amt war leinerseitig der Ansicht gewesen, daß die Schuld der Entente-Mächte im Film nicht plausibel und geschloßen genug herausgearbeitet worden sei, obwohl das Manuskript von Sachverständigen des gleichen Amtes durchgesehen und torrigiert worden war! — Der neuen Fassung des Tonfilms wurde ein von dem bekannten Kriegsgeldverfälscher Dr. Eugen Fischer verfasster Prolog vorgeordnet, der noch einmal die historischen Hintergründe des riesigen Dramas von 1914 aufarbeitete. Das neue Gutachten des Auswärtigen Amtes bemängelte zwar noch dieses und jenes, so aber den Verbotssatz der ersten Prüfung zurück. Allerdings verlangte das Auswärtige Amt, daß zwei, ihm „antifaschistisch“ erscheinende Stellen entfernt werden. Die Filmprüfstelle, die diesmal unter dem Vorsitz des Reichsregierungsrats Zimmermann tagte, lehnte diese Streichungen ab und ließ den Film in der unveränderten Neufassung passieren.

Vor der zweiten Remarque-Schlacht

Die Zustimmung des Filmes „1914“ ist gewiß ein Erfolg, aber er genügt nicht. Ehe wir nicht „Am Westen nichts Neues“ wieder auf dem Spielplan haben, kann der fast vernichtende Schlag, der mit ihm der gesamten deutschen Filmindustrie geschlagen wurde — ganz abgesehen von der grenzenlosen idealen Schädigung des deutschen Ansehens in der Welt — kaum wieder repariert werden. Dem Vernehmen nach ist die Verfilmungsfirma zusehends dabei, „Am Westen nichts Neues“ neu bearbeiten und gewisse Szenen herausnehmen zu lassen. So bedauerlich es ist, daß diese ergänzende Verfilmung eines grandiosen und wahrhaft menschlichen Filmwerks seinen Einbruch und seine erschütternde Wirkung heilträchtig wird, so ist es unbedingt notwendig, nicht zu resignieren. Auch ein mit unumgänglichen Kompromissen behafteter Remarque-Film, der in den Kinos gezeigt würde, könnte noch ungleich härtere Wirkungen erzielen, als hundert positivste Versammlungsreden, ganz abgesehen von der Prestigewirkung. Hier darf nicht locker gelassen werden!

Der Lampe-Standl

Währenddessen geht die Reaktion im Kampf gegen den wertvollen Film sehr zielbewußt ihren Weg weiter. Man erinnert sich an das unzulässige Gutachten des Lampe-Ausschusses, das in geradezu antisemitischer Weise Filmbeurteilung mit Parteipolitik verwechselte und in dem einer Aussprache des preussischen Innenministers in einem frech-hämischen Kommentar der „Volksfreunde“ Charakter abgesprochen wurde, den Oberbühnen-Gäulen aber nicht. Der Lampe-Ausschuss und sein schwarz-weiß-roter Dirigent haben nicht gemacht, auf den Feiertag durch die Presse gelangenen starken Angriff zu erwidern. Die Filmreaktion stellt sich nicht in der Despektierlichkeit, aber sie wagt munter weiter. Die Späßen spielen es von den Dichtern, daß der Lampe-Ausschuss, wenn auch vielleicht unfreiwillig, eine der besten Erwerbsequellen der Eugenbergschen Ufa geworden ist, da diese „strenge neutrale“ Prüfungsinstitution den Wochenschauprogrammen des schichtlichen Geheimrats mit einem geradezu grenzenlosen Wohlwollen gegenüber steht. Während die Emelka und auch die Wochenschauberichte anderer Firmen die ganze Strenge der Ausschüßrichter erfahren müssen — siehe Urteil über den Severins-Bildstreifen — behandelt man die Ufa mit Sammelhäufigkeit und spricht ihr, so oft wie es nur tragend geht, das

preisermäßigende Prädikat „volksbildend“ zu. Wie lange soll ein staatlicher Ausschuss gut oder vielmehr schlecht genug dazu sein, Eugenbergs Geschäftskonkurrenten an die Wand zu drücken? Man kann zwar nicht beweisen, daß er man rüch noch förmlich, mober und wober der Wind bläst. Seine Tendenz geht sehr eindeutig ins „Dritte Reich“.

Generalangriff des Rittches

Inzwischen können wir uns auf eine Rittschinvasion allerhöchster Art gefaßt machen. Auch bisher war man schon in den Kreisen der Produzenten nicht allzu sehr auf künstlerische Experimente und hohe geistige Anstrengungen eingestellt. Solange der Rittsch ein gutes Geschäft war, solange die Glaserinträden meineder rheinischer Mädchen beim rheinischen Weine einem leider sehr genügsamen Publikum wie Butter einzufragen, und solange Verlogenheit und bösslich versierte Schraalen höhere Dividenden einbrachten, als die ungeschminkte, herbe Wahrheit, solange fuhr man stets hinein in den ausgetretenen alten Gleisen des versuderten und unerträglichen bapen. Aber es gab doch immerhin einige Filmunternehmer, die den Mut zum Fortschritt und den Mut zum Künstlerischen aufbrachten und auch eine Anzahl Regisseure, die bereit waren, diese Pioniere mit ihren starken Kräften zu unterstützen. Die Gefahr ist riesengroß, daß diese Schilbhalter des künstlerischen und des wahrhaftigen Films nun völlig t. a. geschlagen werden. Da jene Männer damit rechnen müssen, daß die fast völlig vermurdeten und verspiebarten Filmprüfstellen, die zu allem Ueberflus noch unter dem starken Druck der politischen Reaktion stehen, ihnen bei jedem Versuch, wirklich Wertvolles und Neues zu schaffen, in den Arm fallen, so kann man es ihnen nicht verargen, wenn sie faule Kompromisse einem Ruin vorziehen werden. Hierzu kommt noch, daß die geplante neue Filmnovelle der Produktion weitere Daimenklrauben und Fußangeln anlegen wird.

Bronnen vor dem Tore

Um so breiter und ängstiger aber wird der Rittsch blühen. Die verlogene, künstliche Pornographie, deren gemeinsefährlicher volksvergiftender Charakter keiner Filmprüfstelle auf die Herzen geht. Im Arbeitspensum der Filmproduktion von 1931 wimmelt es nur so von Schmachtherzen im Zweis, Dreis- und Vierteltakt, von verliebten Badenaekeln, von tonfilmgeborenen hirnlosen Schlagertexten und ähnlichen niveaulosen Blödsinn, der den Menschen von Geschmack bald zwingen wird, das Kino überhaupt zu meiden. Es versteht sich übrigens am Rande, daß die Konjunktur des patriotischen Kolossalfilms voll und ganz angedrohen ist. Nach dem widerwärtigen Kriegsbildfilm „Das Flötentanzert von Sanssouci“ in dem der „olle ehrliche Frit“ als Otto Gebühr oder umgekehrt die Revanchetrommel für unsere Nazis schlagen muß, ist Herr Arnolt Bronnen, der nicht ganz raffentretne Faschist, dabei, ein neues Friedericus-Manuskript für die Ufa zu schreiben, das allem Anschein nach an tendenzvoller und verlogener Weise alles bisher Erlebte weit überboten wird.

Chefredakteur: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Politik, Freiheit, Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, letzte Nachrichten: E. Grunebaum. Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badiische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Deutlichkeit, Die Welt der Frau: Hermann Winger, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Kunststoffe: Josef Elster. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Einnahme-mohndhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe.

Traumaplast der beste Wundverband

Zu haben in Apoth. u. Drog. in Packungen von 20 Pfg. an

Gemeindepolitik

Schulungskurs

Der am Sonntag, 11. Januar, im Lokal zum Lamm in Lindeheim angefangene Schulungskurs für die neu gewählten Gemeindevorsteher von den Orten Teufsch und Weisknecht, Gagenheim, Vinkenheim, Driedolsheim und Graben wurde von den Vertretern der Kreisverwaltung der Kreise Kreutzfeld und Weisknecht geleitet. Nach Begrüßung der Teilnehmer durch den Vorsitzenden Karl Rees von diesem Ortsvorsteher konnte der Kursleiter Gemeindevorsteher Gen. König (Kreuzfeld) mit seinem Vortrag beginnen. In der Hauptfrage vertrat er sich über die Steuererhebung und ihre Auswirkung auf den Gemeindehaushalt. Es erwiderte sich wohl, daß das Zahlenmaterial über die verschiedenen Steuern und ihre prozentuale Verteilung auf das Reich, die Länder und Gemeinden hier nochmals anzuführen. Mit der Feststellung, daß wir mit Steuererhebung fast ausschließlich versehen sind, schloß der Redner seine Ausführungen ab.

An der Diskussion beteiligten sich die Gen. Funk (Vinkenheim), Brunn (Teufschneut), Grefsmann (Gagenheim) und Ebel (Graben). Alle Redner betonten die Notwendigkeit solcher Schulungskurse und verbreiteten sich hauptsächlich über die einflussreiche Bürgersteuer und über die bereits eingeführte Biersteuer und deren Erhöhung, wobei der Schwerpunkt, die Stellungnahme unserer Ratshausfraktionen zu diesen Vorlagen in den verschiedenen Gemeinden besonders hervorgehoben wurde.

Nachdem Gen. König in seinem Schlusswort auf alle die Ausführungen der Diskussionsredner eingegangen war, konnte der Vorsitzende Gen. Rees mit Worten des Dankes an den Referenten für den lehrreichen Vortrag und an die Teilnehmer für ihre Aufmerksamkeit mit der Mahnung, am nächsten Sonntag noch zahlreicher zu erscheinen, die Versammlung schließen. F. R.

Zur Bürgermeistereiwahl in Busenbach

Das am letzten Sonntag stattgefundene Ringen um die Siegespalme des Ortsvorstandes war ergebnislos verlaufen, da keiner der drei Kandidaten die nötige Stimmenmehrheit auf sich vereinigen konnte. Von 81 abgegebenen Stimmen entfielen auf Benedikt Schwab (Bürgermeister) 173 Stimmen, Josef Werner (Gemeindevorsteher) 283, Hermann Weber (Gemeindevorsteher) 305 Stimmen. Weiterer hatte also die größte Stimmenzahl erreicht, was aber nur auf den persönlichen Wahlkampf seiner Anhänger zurückzuführen ist. Dieselben haben sich nicht geteilt, in einer ganz gemeinen Art und Weise unterstürzten Herrn Bürgermeister Schwab, der während seiner ganzen Amtszeit die Gemeinde vorzüglich verwaltet hat, in den Kot zu ziehen und damit Kandidaten für ihren Kandidaten zu treiben. Allen Respekt vor den Sozialdemokraten, welche in einer ganz katholischen Gemeinde ohne jeden Wahlkampf eine solche Stimmenzahl erreicht haben. Trotzdem wurde aber auch diese Partei, welche in so vorbildlicher Weise sich im Wahlkampf verhalten hat, angegriffen und ebenfalls in den Kot gerast. Wir wollen hier auf die herabwürdigenden Äußerungen nicht näher eingehen, denn der Wahlsonntag hat es gezeigt, was die Busenbacher Sozialdemokraten in der Gemeinde für ein Vertrauen besitzen und mit welcher Würde die Wähler etwas gewählt haben, was ihrem ganzen Empfinden und ihrer gesamten persönlichen und religiösen Einstellung widerpricht. Wir wollen einmal ehrlich sein und uns fragen: Wer hat vor vier Jahren bei der Wahl unsere Partei gewählt? Wer hat die Partei in der Gemeinde angezündet? Wer ging in die frühere Partei unseres jetzigen Ortsvorstandes, um seinen Einzug in unsere Gemeinde nach seiner Persönlichkeit und seiner Tätigkeit zu erkundigen? Wer hat bis auf den heutigen Tag immer wieder Del ins Feuer gegeben, um unserem Ortsvorstand seinen Auenhalt in der Gemeinde so unangenehm wie möglich zu machen? Wer? Die Sozialdemokratie ganz sicher nicht, was unser Herr Parteivorstand selbst bestätigt.

Was die Gehaltsfrage anbelangt, so wird der zukünftige Bürgermeister laut Reichsbesoldungsordnung überhaupt nicht mehr als 100 M. zu beantragen haben. Es darf hier noch erwähnt werden, daß die Vertreter der Sozialdemokratie mit unserm Parteivorstand sich verhalten und keine Kirchengebühren sind, wie sie immer behauptet werden, und keinem Menschen etwas zu leihen tun oder seine religiöse Überzeugung rauben wollen. Sie sind Sozialdemokraten, um einer Arbeiterpartei anzugehören. Dies zur Aufklärung, damit jeder weiß, wem er an der nächsten Wahl seine Stimme zu geben hat.

Bürgerausschüßsitzungen

März
Der 1. Punkt Erhebung von Wasserzoll ab 1. Januar 1931 für eine zweifelhafte Familie 50 Pf., 3köpfige 60 Pf., 4köpfige 70 Pf., 5 und mehr Köpfe 80 Pf. für jedes in der Verfassung angemeldete Stück Vieh 10 Pf., ebenso Pferde. — 2. und 3. Punkt, Ankauf von Gelände zur Verbreiterung der Sommer- und Blumenstraße um Quadratmeter 1,30 M. Die Tilgung soll aus Wirtschaftsmitteln erfolgen. Lezteres wurde einstimmig angenommen.

Die erste Sitzung nach der Wahl war fast reiflos besetzt. Ein neuer Streiter zur Behebung der Not in Form einer sogenannten Bürgervereinsung ist nun hier auch ins Rathaus eingezogen. Bis jetzt heißt abzuwarten, wie weit jene Partei aktiv in die Behebung der Not eintritt, es blieb noch bei den Vorwürfen im Gemeindevorstand, die auf Vandalismus abgestellt waren, die laut Gemeindevorstand nicht zulässig sind. Sie müßten sich also belehren lassen, daß all dies auf Unkenntnis ihrerseits beruht. Es ist eben doch notwendig und nicht so einfach, sich in die Dinge einzulassen, dem muß ein gutes Stück Wissen vorausgehen, bevor man reformieren will. Gerade nicht erziehlisch war die Aufmachung eines kommunikativen Berichtes, der sich fast amnestisch schulmeisterlich wolle, dabei natürlich wie gewohnt, verächtlich, unsere Partei heruntersetzten. Nach der Richtigstellung unsererseits hatte man nur noch die Antwort: Wir lassen uns von der SPD. keinen Maulkorb anhängen. Das spricht für sich. Bedauerlich ist, daß bei solchen und anderen Anlässen vom Herrn Bürgermeister nicht einmal die falschen Unterstellungen getriggt werden. Etwas mehr Energie wäre doch oft am Platze aus Gründen des Ansehens des Hauses. Die Vorlage wurde angenommen. Ein Zusatzantrag der Bürgervereinsung der Befolge: Bei Wädern, Wirteln einen Zuschlag von 100 Prozent, bei Autobestehern einen solchen von 50 Prozent auf die höchsten Sätze zu erheben, wurde abgelehnt, da bis längstens März 1931 Kalkulationen eingebaut sind und sich dann die Zahlung nach dem Verbrauch errechnet.

Sagseid
An unserer Gemeinde herrscht zur Zeit im Gemeindevorstand ein Zustand, der durch den letzten Vierteljahr 5 Bürgerausschüßsitzungen abgehalten. Bekanntlich wurde am 30. Dezember der Voranschlag 1930/31 in seiner 6. Sitzung erledigt und zwar hat ihn die Bürgervereinsung angenommen, nachdem sie ihn vorher fünfmal abgelehnt hatte mit der Begründung, die Staatsaufsichtsbefugnisse soll ihn genehmigen. Nachdem ihn der Bezirksrat nochmal an die Gemeinde zurückgewiesen hatte zur nochmaligen Beratung, übertrug der Bürgermeister im Benehmen mit dem Gemeindevorstand den Voranschlag ab und legte denselben nochmal dem Gemeindevorstand zur Beschlußfassung vor. Hier ist aber zur Aufklärung unserer Einwohner nicht notwendig, die ganze Angelegenheit etwas näher zu beleuchten. Als im Juli 1930 der Bürgermeister dem Gemeindevorstand den Voranschlag präsentierte, schickte er denselben in der traurigsten Art und Weise und hatte Positionen ein in der gesamten Bevölkerung und die unsere Erwartungen tatsächlich übertrafen. Wir müßten dementsprechend Beträge einfließen, infolge unserer großen Erwerbslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsverweigerung, Klein- und Sozialrentner, die unseren Umlauf im vorigen Jahre von 1,5 M. einschließlich Kreisumlage, in diesem

Jahre auf 1,90 M. zusätzlich 7,6 Pf. Kreisumlage erhöhte, ein Sprung, den unsere Einwohner mit besonderem Gefühl aufgenommen hat, den wir selber nicht wünschen, mit Rücksicht auf unsere Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger, von der umfangreichen Notwendigkeit bedingt war. Trotzdem haben selbst große Kreise der Arbeiterklasse die Notwendigkeit nicht erfaßt und sind im Gemeindevorstand der Bürgervereinsung ins Garn gegangen und haben ihr zur absoluten Mehrheit im Gemeindevorstand verholfen.

Nun glaubt aber die Bürgervereinsung, in der Öffentlichkeit Stimmung machen zu müssen, als wäre es ihr Verdienst, daß nunmehr die Umlage auf 1,70 M. zusätzlich 7,6 Pf. Kreisumlage festgesetzt wurde. Wie liegen die Dinge in Wahrheit. Zunächst haben sich die Einnahmen im Voranschlag seit Juli v. J. um rund 5000 Mark erhöht und zwar dadurch, daß einmal durch das Anlagend in Gemeindevorstand durch „Rater Sturm“ die Einnahmen um rund 1000 M. überfrachten wurden. Weiter wurden aus einer Steuer 1000 M. nachgezahlt, ferner steht die Biersteuer mit 1000 M. im Voranschlag, was in dem Voranschlag von 1,90 M. nicht enthalten war. Ebenfalls sind im Friedhof für eigene Plätze 600 M. mehr eingeangenen, ebenso an zurückgeführten Straßenselbstkosten 600 M. mehr. Das waren aber alles Dinge, die vor einem halben Jahre noch nicht vorausgesehen waren. Diese 5000 M. Mehrerträge erbringen eine Umlageerhöhung von rund 17 Pf. Weiter sind aber an dringenden Aufgaben an gemeindevorstandigen Bauten, die Schule usw. einige laufend Mark getrieben worden, was ebenfalls eine Umlageerhöhung von 8 Pf. ergibt. Bleibt man hier einen Ausgleich mit der Umlage von 1,90 M., ohne Biersteuer und dergleichen von 1,70 M. mit der Biersteuer, so glauben wir bestimmt, daß die Umlageerhöhung auf der letzten Seite näher liegt als vorher. Und von einer Kunst kann hier nicht gesprochen werden, denn wenn erzielungsweise die Einnahmen so überfrachten werden, dann natürlich im Jahresablauf viel leichter ein Voranschlag aufgestellt werden als bei Beginn des Jahres.

Nun wurde aber der Bürgerausschüß auf letzten Freitag wiederum zusammengerufen zur Beschlußfassung über die Feuerordnung. Die sozialdemokratische Fraktion ist hier der Auffassung, daß diese Sitzung hätte vermieden werden können, wenn die Biersteuer wie sie im letzten Voranschlag vorgesehen war, gleich in der demselben Sitzung miteingeführt worden wäre; denn wenn man eine Steuer einführen will, verleiht sie, muß man natürlich die ganze gesetzliche Bestimmungen miteinführen, also den Bürgerausschüß in Zukunft nicht unnötig belästigen.

Unsere Partei lehnte die Biersteuer ab, ebenfalls die Kommunitäten, die Bürgervereinsung hat sie angenommen. Hier müßten wir aber doch noch betonen, ob es nicht besser für die Wirtgewesen wäre, sie hätten der Anregung des Gemeindevorstandes gefolgt und hätten 2 Pf. vom Liter an die Gemeinde abgeführt, dann wären wir um die Biersteuer herumgekommen, denn der Ausschüß beim Einführung der Biersteuer vom Reich betrug pro 100 Liter 10 M., während die Einführung der Biersteuer nur 3,85 M. betrug, also für die Wirt noch ein Mehr von 6,15 M. gegenüber dem alten Preis. Von diesen 6,15 M. hätten die Wirt nur 2 M. an die Gemeinde abführen können. Sie hätten dann immer noch rund 4 M. übrig gehabt, denn der Gesetzgeber hat sicherlich nicht gemeint, daß die Wirt aus dieser Steuer noch ein Geschäft machen sollen. Ob sie nun bei der jetzigen Einführung mit der Gemeindevorsteher besser abschneiden, muß ja die Zukunft lehren. Wir haben daran keine Schuld, denn wir betonten noch immer, daß wir die Biersteuer ablehnen. Wir betonen heute schon, daß, wenn im kommenden Jahre mit der beschlossenen Umlage nicht gewirksamkeit erlangen kann, wir die Bürgersteuer und die Schanksteuer ebenfalls ablehnen. Das ist keine weltliche Politik, wenn nun versucht wird, alles zu droffen, das muß in späteren Jahren teuer nachgeholt werden.

Außerhalb der Tagesordnung wurden noch Anregungen bezüglich des Farenntausches geäußert, welche abgelehnt werden sollen. Ein Mitglied der Bürgervereinsung, ein „Werkmeister“ von Neuwerk, wurde dann noch vorgeschickt, eine Attacke auf die Beamtengehälter zu reiten, und einem Abbaa das Wort zu reden; er wurde aber von unserm Gemeindevorstand Linde auf den Reichsweg verwiesen. Die Ausführungen unseres Genossen Linde haben uns den Eindruck, daß seitens der SPD. noch große Unkenntnis herrscht, denn nicht könnte es nicht vorkommen, daß Mitglieder des Bürgerausschüßs, denen doch der Voranschlag zugänglich ist, nicht mit Zahlen von 5000 M. operieren. Diese Zahlen sind nicht angelehnt, wurde ebenfalls im Gemeindevorstand angenommen und die Wähler grüßlich gemacht. Trotzdem ist unsere Partei trotz all ihrer zurückgelegten Tatkraft, haben wir doch im Interesse der Allgemeinheit abgelehnt. Wir werden auf diesem Wege weiterfahren. Ob uns die Mehrheit auf dem Rathaus Wege oder nicht, denn bei uns kommen nur Allgemeininteressen in Frage, da wir keinerlei Interessenpolitik vertreten.

Gleichzeitig seien unsere Mitglieder auf die Generalversammlung am Sonntag, 18. Jan., hingewiesen, vormittags 9 Uhr auf dem Rathaus, mit der Bitte um pünktliches Erscheinen.

Gemeindevorstandsbeschlüsse

Bergshausen (Sitzung vom 10. Januar 1931)
Karl Ambruster und Hans Kohler wurden als Bürger aufgenommen. Drei Schenkungen wurden beschlossen. Vom Stand der Gemeindevorstände wurde Kenntnis genommen. Zur Ergänzung von Bürgern der Schulbehörde wurden 50 M. bewilligt. Von einem Schreiben des Bezirksamtes betr. Farenntausch wurde Kenntnis genommen. Die Vereinigung in den Volkshäusern wurde angewiesen und Arbeiter hierzu bestimmt. Dem Arbeiter-Sportfest wird zu einem Vortrag am 21. Januar der Bürgerverein überlassen. Der Verkauf eines abgängigen Ziegenbocks wurde gutgeheißen. Der Erstellung von Schenkungen im Gemeindevorstand Sodenberg und Großer Wald steht nichts mehr im Wege, falls die nötigen Zugeständnisse seitens des Forstamtes geklärt sind. Die Befestigung einiger Misthäufe wurde angesetzt.

Oberkirch (Sitzung vom 12. Januar 1931)
Die vorliegenden Rechnungen werden geprüft und Zahlung angewiesen. — Von den Kassenbedarfsstellungen der Stadtasse auf 1. Dezember 1930 und 1. Januar 1931 wird Kenntnis genommen. — Der Bürgermeister hat den vorgeschriebenen Kassenführer bei der Stadtasse am 2. Januar 1931 vorgenommen. Die Kasse wurde in Ordnung befunden, wozu ebenfalls Kenntnis genommen wird. Das Kassenführerprotokoll muß dem Bezirksamt als Staatsaufsichtsbüchlein vorgelegt werden. — Einigen Gelüben um Abgabe von Kaufverträgen bzw. Sonderabstufen auf dem Friedhof wird stattgegeben. — Zwei Anträgen auf Verbesserung der Straßenbeleuchtung müssen, da kein Mittel dafür zur Verfügung stehen, bis zur Verarmung des Voranschlags für das kommende Wirtschaftsjahr 1931/32 zurückgestellt werden. — Die am 4. Januar vorgenommene Versteigerung der Jahrmärkte und Plätze für die drei Jahrmärkte im Jahre 1931 wird genehmigt. — Einem Antrag hinsichtlich der Versteigerung der Bodenmarktschindeln kann nicht stattgegeben werden. Es muß vielmehr bei der bisherigen Lösung verbleiben. — Wiederholt beschäftigt sich der Gemeindevorstand mit dem vom Ministerium empfohlenen Einführung der Trichinenprüfung. Die Erhebungen haben ergeben, daß bisher nur in wenigen Städten und Gemeinden diese Schau eingeführt wurde. Da die Einrichtung einen ganz erheblichen Kostenaufwand verursacht, muß zunächst nochmals Zurückstellung und Behandlung bei Aufstellung des Voranschlags erfolgen. — Einigen Gelüben um Stundung der Gemeindevorsteher- und Gebäudewerke kann nur entprochen werden, wenn der Stadt die entsprechenden Zinsen bezahlt werden und erforderlichenfalls die nötige Sicherheit geboten wird. — Einem Gelüb um Nachlaß des Reichsgeldes kann aus grundsätzlichen Erwägungen eine Folge nicht gegeben werden. — Desgleichen nicht einem Gelüb um Nachlaß der Hälfte des Gewerbesteuerbetrages. Nach der bestehenden Gemeindevorstandung muß das Gewerbesteuerbetrage vom Lehrern bezahlt werden. — Der 18. Januar 1931 ist der Geburtstag des 60jährigen Bestehens des Deutschen Reiches. An diesem Tage (Nächster Sonntag) werden die Reichs-, Staats- und Gemeindegelände mit den Reichs- und Landesfarben beflaggt. Die Bevölkerung wird gebeten, dies ebenfalls zu tun. Auch wird mit Rücksicht auf die Bedeutsamkeit und Wichtigkeit des Tages am Sonntag, 18. Januar, vormittags 11 Uhr, eine kleine würdige Gedenkfeier abgehalten, zu der die ganze Bevölkerung noch eingeladen wird. — Der badische Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge will Anfang Februar d. J. eine Wanderausstellung „Weg zur Gesundheit“ abhalten. Der Gemeindevorstand hält eine solche Ausstellung, die viel Mühe und Arbeit und außerdem auch Kosten verursacht, in der heutigen Zeit, wo überall mit Recht von Sparmaßnahmen gesprochen wird, nicht für unbedingt nötig. — Ein Wohnungsvertrag wird genehmigt.

Nachtrag zum Situationsbericht vom 29. Dezember. Zum 1. Bürgermeisterei-Versteher wurde Herr Gemeindevorstand Springmann gemäß, zum 2. Herr Gemeindevorstand Köbler. — Verschiedene, auf Grund unzulässiger Gerüchte gestellten Anfragen konnten reiflich in betrieblicher Weise beantwortet werden.

Volkswirtschaft

Reichsbahn und Preisabbau

Die abgelehnte 5. Hyp.-Rechnung im Personenverkehr
Ein Pfund Zucker kostet 28 und nicht 30 Pf., ein Pfund Salz 6 und nicht 10 Pf. Für eine Fahrkarte 3. Klasse Personenzug über 6 Kilometer läßt sich die Deutsche Reichsbahn jedoch 30 Pf. und nicht den eigentlichen Preis von 22 Pf. (6 x 3,7 = 22,2) bezahlen, d. h. sie rundet die Fahrpreise bis zu 10 Pf., höhere Fahrpreise auf 20 Pf. und sogar 1 RM. auf. Dabei hat sie aber schon vorher die Kilometerentfernung „abgerundet“. 5,4 Kilometer wirkliche Entfernung ergeben nach ihrer Rechnung 6 Tarif-Kilometer. Was würde man wohl zu einem Kaufmann sagen, der z. B. den Preis für 25 Meter Seidenband, die er für 7 Pf. pro Meter anbietet, wie folgt berechnen wollte: 5,25 Meter werden aufgerundet auf 6 Meter, 6 x 7 Pf. = 0,42 RM., aufgerundet auf 0,50 RM. an Stelle von 0,37 RM.

Die Ächtung vor dem Pfennig und die Rückkehr zur Pfennig-Rechnung wird immer wieder als eines der Mittel zur Gesundung unserer Wirtschaft empfohlen. Nun wird man allerdings bei der Fahrpreisberechnung nicht mit Einzelfennigen arbeiten können. Warum müssen aber die Preise gleich auf 10 Pf. aufgerundet werden? Würde es nicht vollkommener sein, sie von 5 auf 5 Pf. zu runden? Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft bestreitet das. In einer dem Verband reisender Kaufleute Deutschlands auf einen entziffernden Antrag erteilten Antwort heißt es, daß die Grundzüge der Personenzugfahrpreise auf 5 Pf. bei Beträgen bis zu 1 RM. zwar erzwungen worden ist, daß man jedoch von einer Herabsetzung des bestehenden Zustandes absehen müsse, da hierdurch beträchtliche Einnahmehinfortfälle entstehen würden, die mangels einer entsprechenden Einnahmevermehrung nur durch eine allgemeine Tarifherabsetzung wettgemacht werden könnten.

Also ultimo ratio: Tarifherabsetzung! Damit schlägt man in reichlich bequemer Weise so ziemlich alle Anreize und Anträge tot. Und dann spricht die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft von Preisabbau — wenn es sich um die Vergütung ihrer Anträge an die deutsche Industrie handelt.

Optimistische Auffassung im Bekleidungsgebiete.
Der Spezialfabrikant des S.P.D. meldet über die Lage im Bekleidungsgebiete:
Nach dem die Winterjahre für die Mäntel- und groß-Konfektion mit einem durchaus befriedigenden, für die Kleiderkonfektion hingegen mit einem ziemlich mageren Ergebnis beendet hat, und beide Bekleidungsgebiete nunmehr mit dem Beginn ihrer Frühjahrs- und Sommer-Saison bereits im Oktober begonnen und die Umsätze der großen Zurückhaltung des Einzelhandels auch jetzt noch nicht beendet. Die Lage ist für alle Teile grundverschieden, im allgemeinen jedoch wesentlich besser, als man vorher gedacht hatte.

In der Kleiderkonfektion herrschte zu Saisonbeginn eine geradezu trottelige Stimmung, da der Einzelhandel erst das Ergebnis des Bekleidungsverkaufs abwarten mußte, ehe er seinen Frühjahrsbedarf zu decken begann. Der Optimismus hinsichtlich des Monats Dezember war aber von vornherein nur sehr gering und die Umsätze für die Überanlassung wurden ziemlich stetig beurteilt. Erstunterwies die das Bekleidungsgebiet gerade für Kleider ein verhältnismäßig günstiges Resultat, so daß der Auftragsbestand an dem Ende der letzten Dezemberwoche stark einsteigte und bis jetzt noch keinen Rückschlag erfahren hat. Es wurden etwa 35 Prozent mehr umgesetzt, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Zahl der Bestellungen der Überanlassung 1929/30 gegenüber dementsprechend abgenommen ist, während sich der Umfang der einzelnen Bestellungen vermindert hat.

Etwas zurückhaltender zeigt sich das Ausland, wenn gleich mit der Schweiz und Holland bereits größere Abschlüsse in besserer Ware, mit Südafrika in Stapelartikeln getätigt wurden.
In der Mäntel- und groß-Konfektion sind es vor allem die um 30 Prozent verringerten Preise, deren Anziehungskraft auf dem in- und ausländischen Markt sehr stark ist. Man hat bereits auf verkauft, was man noch nicht absetzen konnte, und die Umsätze sind im Vergleich mit den entsprechenden Monaten der Vorjahre, die einen großen Bedarf an besserer Ware haben, Sondersatz nimmt auch hier als Abnehmerstaat eine besondere Stellung ein. Der dortige Einzelhandel kauft in der Hauptsache solche Waren, die sich an Form oder Farbe in Europa als absolut unanfechtbar erweist. Es ist also ein gutes Beispiel für die Preisdispositionen.

Wenig günstig ist die Lage in der Kinderkonfektion. Der Umsatz an Konfektionskleidern erreichte zwar die Höhe des Vorjahres, aber die Konsumtionskraft ist ein großer Minderfaktor gewesen. Der Grund für diese Divergenz ist in einer ebenso seltsamen, wie charakteristischen Zersplitterung zu suchen. Während für die Konfektion weiche Kleider vorgeschrieben sind, so daß ein Umkleebestand hier von vornherein ausgeschlossen war, benutzt man aus Sparmaßnahmen halbesmännlich für Kinderbekleidung ein Material, so daß mit einem besseren Auftragszugang in der Konfektion erst nach den Inventurabrechnungen zu rechnen ist.
Schlecht ist die Lage in der Herrenkonfektion, wo bisher erst 45 Prozent des gesamten Einzelhandels ihren Bedarf abgedeckt haben, während 55 Prozent noch ausstehen. Auch hier bedeutet das Bekleidungsgebiet für den Einzelhandel nicht gerade eine Ermutigung, denn es wurden nur wenig größere Sätze, sondern in der Hauptsache kleine Geldentwürfe und Sparmaßnahmen gefragt. Da aber bei den Inventurabrechnungen geradezu Reformumlage erteilt wurden, rechnet man in Sätze mit einer Reduktion des Geschäftsganges.
Nichts in allem ist die Lage also verhältnismäßig günstig, zumal das günstige Ergebnis der Inventurabrechnungen den Beweis erbracht hat, daß ein starker Bedarf im Publikum vorhanden ist. Bei intensiver Durchführung des Preisabbaus dürfte sich dieser Bedarf im Frühjahr und im Sommer ausweiten.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Eine neue atlantische Zirkone ist nördlich von England herangezogen und fördert auf ihrer Südseite mildere ozeanische Luft heran. Wir müssen daher in unserem Gebiet mit weiteren Schneefällen rechnen, die in der Ebene bei steigender Erwärmung teilweise auch in Regen übergehen können.

Wetterausichten. Weiterhin etwas milder, Schneefälle besonders im Gebirge, später auftretend mit verhäuftem Nachtfrost.

Wasserstand des Rheins

Basel 22; Walsbühl 212, gef. 2; Schusterinsel 76, gef. 2; Rebl 225, gef. 3; Waxau 459, gef. 9; Mannheim 313, gef. 5 Zentimeter.

